

Fachgespräch zum geplanten Wiederaufforstungsprojekt in Burundi im Rahmen des informellen Vorabends des 10. Deutschen CSR-Forums am 06.05.2014 im Forum am Schlosspark in Ludwigsburg

Fünf Millionen Bäume für Burundi

Baden-Württembergs Industrie initiiert nachhaltiges Wiederaufforstungsprojekt

Baden-Württemberg und die ostafrikanische Republik Burundi gehen bei ihrer Partnerschaft neue Wege: Bisher sind die Verbindungen eher politisch geprägt durch Kommunen, Schulen, Initiativen und Kirchen. Nun will die Industrie des Landes einen neuen, wichtigen Meilenstein setzen: Geplant ist ein großes Wiederaufforstungsprojekt namens „Klimawald in Burundi“. Es sieht die Pflanzung von fünf Millionen Bäumen im Nordosten des Landes auf einer Fläche von rund 10 000 Hektar vor. Diese Fläche entspricht der von 10.000 bis 15.000 Fußballfeldern oder knapp der Fläche von Schleswig-Holsteins Landeshauptstadt Kiel.

Damit leisten die Unternehmen des Landes und der Landesverband der Baden-Württembergischen Industrie (LVI) einen wesentlichen Beitrag zur gesellschaftlichen Verantwortung, der Corporate Social Responsibility (CSR). Dahinter steckt die Idee, dass Unternehmen nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine globale soziale und ökologische Verantwortung übernehmen. Das bedeutende Vorhaben, für das sechs Millionen Euro veranschlagt sind, wird von der burundischen Regierung unterstützt und sehr begrüßt.

Klimawald auf 10 000 Hektar Fläche in Burundi

Denn: Die Menschen in dem Land sind auf Holzkohle und Feuerholz angewiesen, weil es nur einen eingeschränkten Zugang zu Gas oder Solarenergie gibt. In Burundi wird der Wald bislang unkontrolliert gerodet, um Weide- und Ackerflächen zu schaffen. Die noch bestehenden Waldgebiete geraten dadurch immer weiter in Gefahr.

Deshalb hat sich die burundische Regierung die Wiederaufforstung schon seit Jahren auf die Fahnen geschrieben. Die Regierung des afrikanischen Landes hat seit langem Flächen ausgewiesen, die forstwirtschaftlich genutzt werden sollen. Der Präsident der Republik Burundi, S.E. Pièrre Nkurunziza, sieht die Vorteile des Vorhabens darin: „Ich übernehme gerne die Schirmherrschaft über dieses Projekt. Es passt hervorragend in die nationale Forststrategie unseres Landes, da es eine nachhaltige Forstwirtschaft mit Landwirtschaft verbindet.“

Die Fläche, die wieder bewaldet werden soll, gehört dem Staat. Die Bevölkerung vor Ort soll mit eingebunden werden. Deshalb sollen etwa 1 000 interessierte Familien vom Staat Pachtflächen von rund acht Hektar Fläche erhalten. Davon sollen jeweils fünf Hektar mit Bäumen bepflanzt werden, der Rest für den Anbau von Nahrungsmitteln, den Naturschutz oder die Verbesserung der Infrastruktur verwendet werden. Wichtig dabei: „Es werden vermehrt einheimische Baumarten gepflanzt“, wie Dr. Manfred Vohrer, der Vorstandsvorsitzende von global-woods international AG, berichtet. Das Unternehmen wird das Projekt vor Ort betreuen. Es hat langjährige Erfahrung mit Wiederaufforstung, so unter anderem in Uganda. Gepflanzt werden sollen Baumarten, die auch auf kargen Böden gedeihen. Sie versprechen gutes Wachstum und schützen zugleich den Boden gegen weitere Erosion.

Jeder Baum kostet einen Euro

Jeder Baum, der gepflanzt wird, kostet rund einen Euro. Da die Setzlinge nicht in Massen vorhanden sind, sollen vor Ort auch Baumschulen aufgebaut werden. „Das ist zeitgemäße Agroforstwirtschaft“, sagt Vohrer. Die Fläche soll über einen Zeitraum von etwa acht Jahren

aufgeforstet werden. Geerntet wird ebenfalls nach acht Jahren. Die Ernte kann damit in gleichmäßigen, jährlichen Tranchen erfolgen. Rund zwei Drittel des Holzvolumens soll energetisch verwendet werden, beispielsweise als Holzkohle für den örtlichen Markt. Ein Drittel soll zu Säge- und Bauholz verarbeitet werden, das gleichfalls vor Ort dringend benötigt wird.

Die Weiterverarbeitung des Holzes vor Ort ist ein wichtiges Thema. Gerade beim Energieholz sind die Transportkosten ein Problem. Deshalb soll die Veredelung des Holzes in nächster Nähe zur Pflanzung erfolgen, weil das Hauptverbrauchszenrum, die Hauptstadt Bujumbura, rund 200 Kilometer von der Fläche entfernt liegt, die aufgeforstet werden soll.

Mit Hilfe des Holzverkaufs und der Nutzung der vom Wald generierten Emissionsrechte sollen die Unternehmen aus Baden-Württemberg, die die Mittel über einen gemeinnützigen Fonds als zinsloses Darlehen zur Verfügung stellen, ihre Gelder wieder zurückbekommen. „Die Erträge werden bei der Holzernte zwischen den lokalen Bauern und den Darlehensgebern aufgeteilt“, erläutert Vohrer.

Industrieverband übernimmt Projektkoordination

Ein gemeinnütziger Fonds soll gegründet und vom LVI koordiniert werden. Der für internationale Kontakte zuständige LVI-Vertreter Joachim Elsässer betont: „Besonders der deutsche Mittelstand ist geprägt von einer Verantwortungskultur, die die Interessen der Mitarbeiter, des lokalen gesellschaftlichen Umfeldes und des Umweltschutzes als Teil des unternehmerischen Handelns betrachtet. Diese Verantwortungskultur auch international zu verbreiten, ist ein konkretes Anliegen, das deutsche Unternehmen durch diese Art der Projektzusammenarbeit verfolgen.“

Das Projekt leistet einen wichtigen Beitrag zur Wiederherstellung des ökologischen Gleichgewichts in der Region, indem auf den aufgeforsteten Flächen die Regeneration der Böden und ihre Wasserspeicherfähigkeit verbessert wird. Gleichfalls ist es ein Beitrag zum weltweiten Klimaschutz. Vor Ort entsteht damit die entsprechende Wertschöpfung – gefördert durch die baden-württembergische Industrie.

Projektbeirat mit Vertretern aus Deutschland und Afrika

Das Vorhaben wird gemeinsam vom LVI und einem Projektbeirat gesteuert. Im Beirat werden unter anderem ein Vertreter der Regierung Burundis sowie ein Abgesandter der Landesregierung Baden-Württembergs vertreten sein. Das Ziel der Landesregierung von Baden-Württemberg ist es, die seit den 1980er Jahren bestehende Partnerschaft mit Burundi auszubauen und zu vertiefen. Der Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten, Peter Friedrich (SPD), erklärt dazu: „Es geht um eine Partnerschaft auf Augenhöhe im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung, die den Interessen der Menschen in beiden Ländern gerecht wird, die Demokratie stärkt und für die Beachtung der Menschenrechte eintritt.“

Burundi zählt zu den Kooperationsländern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Dabei wird in dem krisengeschüttelten Land der Friedensprozess gefördert. Dies soll zur Stabilisierung der ostafrikanischen Region der Großen Seen beitragen. Schwerpunkt der Zusammenarbeit ist die Trinkwasser- und Sanitärversorgung. Außerdem engagiert sich Deutschland in den Bereichen in der lokalen Wirtschaftsförderung oder auch der klimafreundlichen Energieversorgung. An letzteres will das Vorhaben der baden-württembergischen Industrie anknüpfen.